

ERNEUERBARE ENERGIEN

Ein europäisches System würde die Kosten senken

Von einem Energie-Binnenmarkt ohne Grenzen ist die Europäische Gemeinschaft noch weit entfernt. Bestes Beispiel sind die erneuerbaren Energiequellen. Diese sollen bis 2020 immerhin mit 20 Prozent zur europäischen Energieproduktion beitragen. Auf dem Weg dahin prägen wenig effiziente nationale Insellösungen, die Milliardensummen verschlingen, das Bild.

Teure Öko-Energie findet keine Abnehmer

Die EU könnte - so die Kommission - jedes Jahr zehn Milliarden einsparen, wenn die Mitgliedstaaten ihre Förderpolitiken besser koordinieren würden. Bereits 2008 forderte die Kommission einen grenzüberschreitenden Handel mit Herkunftsnachweisen grüner Energie. Ein Vorschlag, der im Europäischen Parlament viele Fürsprecher fand, jedoch im Rat auf sehr starke Vorbehalte stieß und deshalb nicht zur Anwendung kam. Die Bundesregierung etwa fürchtet, für die in Deutschland sehr teuer produzierte Ökoenergie international keine Abnehmer zu finden.

Außer Deutschland setzen auch die meisten anderen EU-Staaten (u. a. Dänemark, Frank-

reich, Niederlande) auf ein System mit langjährigen Preisgarantien für Ökostrom. Schon etwas marktwirtschaftlicher ist das irische Modell, wo es wettbewerbliche Ausschreibungen gibt, Investoren sich also mit unterschiedlichen Konzepten um den Zuschlag zur Erzeugung regenerativer Energien bewerben können. Der dritte Ansatz schließlich ist ein Quotensystem, welches u. a. das Vereinigte Königreich, Italien und Schweden verfolgen. Hier wird lediglich eine Mindestquote aus erneuerbaren Quellen am Stromverbrauch staatlich festgelegt. Den Weg dorthin bestimmen Energieerzeuger und Stromabnehmer im marktwirtschaftlichen Wettbewerb.



Dr. Markus Pieper, MdEP, Stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für regionale Entwicklung und MIT-Mitglied

Strompreis steigt und steigt

Es gibt sicher keinen nationalen Königsweg. Klar ist jedoch, dass die autarken Systeme nicht in der Lage sind, naturräumliche Synergien und die Wettbewerbsvorteile eines Binnenmarktes zu nutzen. Mit gravierenden Folgen für die Strompreise. In Deutschland hat sich die Stromkostenbelastung für die Industrie seit 2003 mit einem Anstieg von 4,8 Cent/kWh auf 12,1 Cent/kWh mehr als verdoppelt. Das deutsche EEG ist mittlerweile für ein Drittel des Strompreisanstiegs verantwortlich. Nicht nur durch die Kernkraftdebatte sind weitere Kostenbelastungen vorprogrammiert. Photovoltaik und Windkraft aus dem Binnenland drohen die Nachfolgebranchen der dauersubventionierten deutschen Steinkohle zu werden. Mit dem Unterschied, dass die Leidtragenden bei der Ökoenergie nicht die Steuerzahler sind, sondern über stetig steigende Strompreise zunehmend mittelständische Firmen und private Stromkunden.

Weil es keinen Sinn macht, dass Deutschland einen „Ökostrom mit Goldrand“ praktiziert, während in Südeuropa riesige Potenziale der Sonnenenergie brach liegen, muss der europäische Ansatz dringend auf die politische Agenda. Energiegewinnung aus Wind, Wasser, Sonnenkraft und Biomasse sollte vorrangig dort erfolgen, wo die günstigsten naturräumlichen Voraussetzungen herrschen. Ein europäisches Handelssystem mit Herkunftsnachweisen erneuerbarer Energieproduktion (Zertifikate) könnte den Mitgliedstaaten eine gegenseitige Anerkennung erworbener Zertifikate auf die nationalen Klimaschutzzielsetzungen ermöglichen. Dies würde Investitionen an geographisch bevorzugten Standorten weiter beschleunigen und hätte einen kosten- dämpfenden Effekt beim Ausbau der regenerativen Energien.

Natürlich müsste Deutschland so zunächst ein Stück weit von der nationalen grünen Energieautarkie Abstand nehmen. Aber auch bei uns hätten Windkraftstandorte nahe der Küste bzw. in der Nordsee oder effiziente Biomasseanlagen ihre große marktwirtschaftliche Chance. Fortschritte der Speichertechnik würden weitere nationale Beiträge zum Ausbau der Ökoenergie auch bei Sonne ermöglichen. Eine zwischenzeitliche „Abhängigkeit“ von Sonnenenergie aus Spanien und Wasserkraft aus Skandinavien wäre jedenfalls leichter zu begründen als die von Öl aus Libyen oder Kernkraft aus Tschechien.

